

Diermeier, Matthias; Weisskircher, Manès

Research Report

Backlash-Effekt: Wie AfD-Kritik der Windkraft Zustimmung verschafft

IW-Kurzbericht, No. 89/2025

Provided in Cooperation with:

German Economic Institute (IW), Cologne

Suggested Citation: Diermeier, Matthias; Weisskircher, Manès (2025) : Backlash-Effekt: Wie AfD-Kritik der Windkraft Zustimmung verschafft, IW-Kurzbericht, No. 89/2025, Institut der deutschen Wirtschaft (IW), Köln

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/331237>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

IW-Kurzbericht 89/2025

Backlash-Effekt: Wie AfD-Kritik der Windkraft Zustimmung verschafft

Matthias Diermeier / Manès Weisskircher, 06.11.2025

In der emotional aufgeladenen klimapolitischen Debatte entscheiden nicht nur Argumente, sondern auch deren Absender. Das zeigt eine neue Studie hinsichtlich des Ausbaus von Windkraft im Wald: Während die Kritik der Umweltschutz-NGO NABU die Zustimmung zur Windkraft im Wald senkt, führt die Kritik der AfD zu mehr Befürwortung.

Um die Klimapolitik hat sich auch in Deutschland ein intensiver politischer Konflikt entsponnen. Zentrale Akteure sind Klima- und Umweltschutz-NGOs sowie die Partei Bündnis 90/DIE GRÜNEN, die auf weitreichende Klimapolitik und den Ausbau der erneuerbaren Energien drängen. Diesen Forderungen tritt die Rechtsaußen-Partei AfD in Fundamentalopposition gegenüber: Sie lehnt die Energiewende ab und leugnet den menschengemachten Klimawandel.

In einer neuen Studie in der Fachzeitschrift *Environmental Politics* nehmen Manès Weisskircher und Matthias Diermeier (2025) diese diskursive Frontstellung zum Ausgangspunkt und untersuchen die Implikationen des zunehmend polarisierten Diskurses für die öffentliche Meinung zur Klimapolitik. Als konkreter Streitpunkt wird der Ausbau erneuerbarer Energien in Waldgebieten analysiert. Im Gegensatz zu der Partei Bündnis 90/Die Grünen betonen große deutsche Umweltschutz-NGOs im Kontext des Klimaschutzes verstärkt den lokalen Naturschutz und argumentieren gegen einen Ausbau der Erneuerbaren in Waldgebieten. Sowohl

NABU als auch BUND formulieren Bedenken mit Verweis auf den lokalen Natur- und Artenschutz. Interessanterweise positioniert sich die AfD in dieser Frage ähnlich und instrumentalisiert den Zielkonflikt zwischen Klima- und lokalem Umweltschutz, um ihre Ablehnung klimapolitischer Maßnahmen zu begründen. Dabei zeigt sie eine hohe argumentative Flexibilität. In ihrem Programm für die Bundestagswahl 2025 betonte sie beispielsweise: „[D]ie Zerstörung des ‚Grimmschen Märchenwalds‘ in Nordhessen für Windindustrieanlagen [ist] ein unentschuldbarer Eingriff in eine deutsche Seelenlandschaft“ (AfD, 2025, 80).

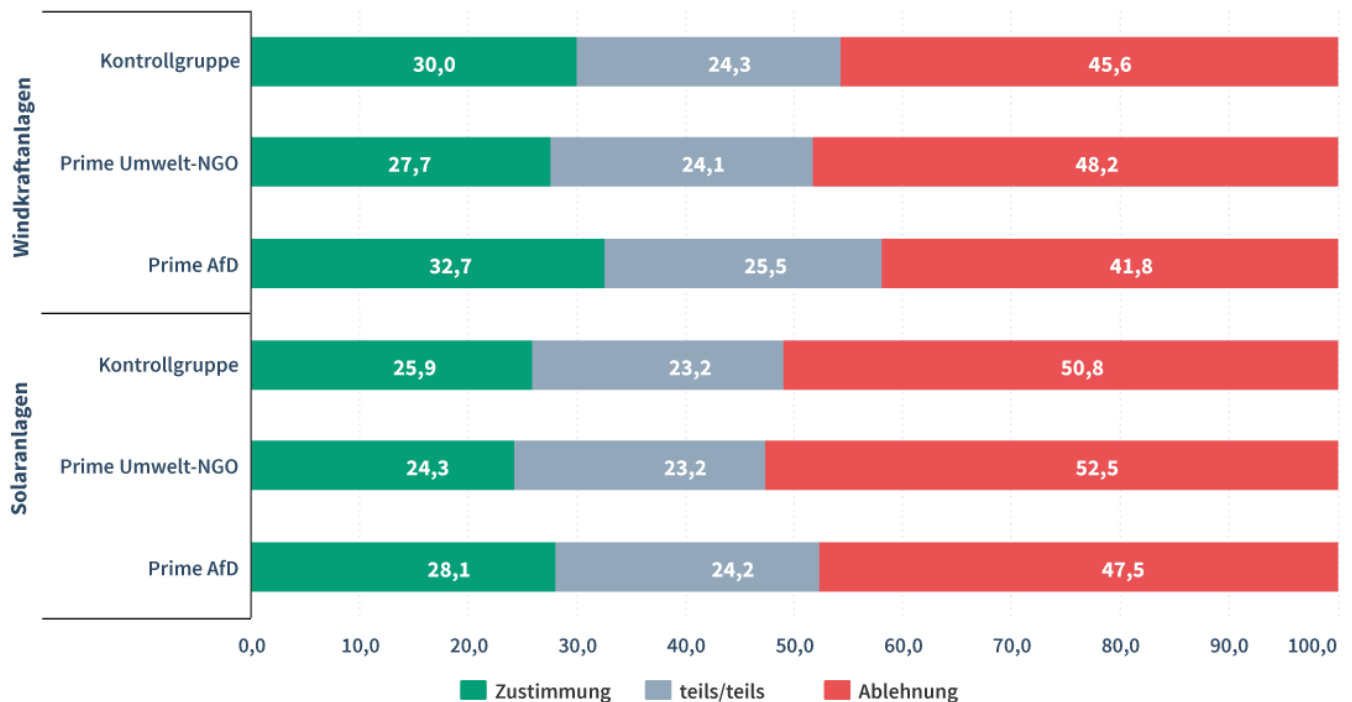
Befragungsexperiment Windkraft im Wald

Auf Basis dieser außergewöhnlichen Diskursstruktur wurde ein Befragungsexperiment entwickelt und durchgeführt. Grundlage sind folgende Aussagen von AfD, BUND und NABU, die eine Ablehnung von Wind- und Solarkraft im Wald belegen. So heißt es bei der AfD (2019): „Wir fordern zum Schutz von Flora und Fauna einen konsequenten Ausbaustopp von Windkraft- und Photovoltaikanlagen in unseren heimischen Wäldern und auf landwirtschaftlichen Flächen“ (AfD, 2019); beim NABU (2017): „Der Ausbau der Windenergie darf nur in Ausnahmefällen im Wald stattfinden“; beim BUND (2023): „Die CO₂-speichernden Wälder müssen für Solarmodule wie auch für Windräder tabu sein.“

In der IW-Personenbefragung 2024 (siehe Kasten Datengrundlage) wurde ein Fragemodul zum Ausbau von

Akzeptanz Ausbau erneuerbarer Energien in Waldgebieten

In Prozent



Quelle: IW-Personenbefragung Frühjahr 2024 im Online-Access-Panel von Bilendi & respondi; N=5350
(Kontrollgruppe: N= 1.762; Prime AfD: N=1.811; Prime Umwelt-NGO: N=1.777)

Windkraft- und Solaranlagen in Waldgebieten integriert. Je einer Gruppe wurde vor der Frage nach der Befürwortung des Windkraft- und Solarausbaus im Wald das obige AfD-Statement vorgelegt. Je eine andere Gruppe wurde mit der NABU-Forderung eines Ausbaustopps von Windkraft im Wald und der BUND-Ablehnung des Solarausbaus im Wald konfrontiert. Eine dritte Kontrollgruppe wurde ohne Hinweis auf die Bewertung Dritter befragt. Das zufällige Aufteilen der Gruppen ermöglicht, entsprechende Unterschiede kausal auf die oben genannten "Primes" zurückzuführen.

Absender wichtiger als Botschaft

Es ist wichtig zu betonen, dass der Ausbau von Windkraftanlagen grundsätzlich von einer großen Bevölkerungsmehrheit unterstützt wird (66,8 Prozent); nur 16,5 Prozent lehnen ihn ab. In Waldgebieten ist das Errichten neuer Windkraftanlagen umstrittener. Hier machen die Befürworter 30 Prozent aus; die ablehnenden Gruppe umfasst 45,6 Prozent (Kontrollgruppe) – Rest: „teils/teils“ (vgl. Abbildung). Werden die Befragten über die Ablehnung des Windkraftausbaus im Wald durch den NABU informiert, wächst die Gruppe der Kritiker leicht auf 48,2 Prozent; der Anteil der Befürworter

sinkt auf 27,7 Prozent. Interessanterweise zeigt der Blick auf die Gruppe, der ein ähnliches Statement der AfD vorgelegt wurde, die gegenteilige Tendenz: Obwohl auch diese den Windkraft-Ausbau im Wald ablehnt, *schrumpft* die Opposition auf 41,8 Prozent; die Befürworter wachsen auf 32,7 Prozent an. Regressionsanalysen zeigen die statistische Signifikanz dieser Unterschiede zur Kontrollgruppe, auch wenn für sozio-demografische Charakteristika der Befragten kontrolliert wird. Mit Blick auf den Solarausbau ergeben sich weniger eindeutige Effekte: Während dessen Ausbau allgemein auf überwältigende Zustimmung stößt (Befürwortung: 83,7 Prozent, Ablehnung: 4,3 Prozent), zeigt sich in Waldgebieten ein konträres Bild: Hier lehnt eine Mehrheit (50,8 Prozent) den Ausbau ab, nur 25,9 Prozent sprechen sich dafür aus (Kontrollgruppe) – Rest: „teils/teils“. Konfrontiert mit einem kritischen Statement des BUND steigt die Opposition (52,5 Prozent), die Zustimmung sinkt (24,1 Prozent). Beim AfD-Prime zeigt sich der gegenläufige Trend: Die ablehnende Gruppe schrumpft (47,5 Prozent), die Befürwortung steigt (29,1 Prozent). Diese Unterschiede bewegen sich jedoch in einem engeren Korridor als bei der Windenergie und sind überwiegend nicht statistisch signifikant.

Ableitungen für den Klimadiskurs

Obwohl den Befragten ähnliche Statements zur Ablehnung der Erneuerbaren im Wald vorgelegt werden, reagieren sie unterschiedlich, wenn diese entweder auf eine Umwelt-NGO oder auf die AfD zurückgehen. Im Falle des Windkraftausbaus im Wald resultiert die Kritik der Rechtsaußen-Partei im Vergleich zur Kritik des NABU in einer 5 Prozentpunkte größeren Zustimmung und 6,4 Prozentpunkte geringeren Ablehnung für einen solchen Ausbau der Energieinfrastruktur. Solche Unterschiede können politisch relevant sein, wenn es um lokale Mehrheiten geht. Dabei lehnt ein Teil der Befragten nicht die Position an sich ab. Vielmehr wird eine Position abgelehnt, weil die AfD sie vertritt. Tatsächlich stufen zum Zeitpunkt der Befragung 71 Prozent der Bevölkerung die Partei als unwählbar ein. Hier liegt ein wichtiger Teil der Erklärung für den Backlash-Effekt gegenüber der AfD-Kommunikation begründet. Dass dieser bei der Solarenergie geringer ausfällt, könnte daran liegen, dass die zurzeit am schnellsten wachsende Energiequelle bislang eine deutlich geringere Politisierung erfahren hat. Der Backlash gegen die Windkraft-Kritik der AfD könnte darauf zurückgehen, dass diese üblicherweise als emotional aufgeladene Fundamentalablehnung vorgetragen wird – die Position der österreichischen FPÖ ist hier deutlich weniger radikal.

Die Ergebnisse verweisen auf die emotionale Aufladung der Klima- und Energiepolitik. Die öffentliche Debatte in diesem Politikfeld basiert nicht allein auf dem Austausch von Sachargumenten. Besonders herausfordernd ist es, wenn nicht mehr die Argumente, sondern deren Absender ausschlaggebend dafür sind, ob eine Botschaft überzeugt. Für politische Verantwortungsträger zeigen die Ergebnisse, dass die AfD mit ihrer Kommunikation nicht zwingend überzeugt und sich Gegenpositionen im Diskurs durchaus in der Breite behaupten können. Darüber hinaus deuten unsere Ergebnisse auf die komplexen Zielkonflikte zwischen Klima- und Umweltpolitik hin, zwischen denen sich beispielsweise die Argumente der Umwelt-NGOs bewegen. Die wichtige und schwierige Debatte über die Abwägung zwischen lokalem Naturschutz und dem Ausbau erneuerbarer Energien wird jedoch allzu oft von der lautstarken Fundamentalopposition der AfD überlagert.

Literatur

AfD, 2025, Zeit für Deutschland: Programm für die Wahl zum 21. Deutschen Bundestag, Berlin

AfD, 2019, Dresdener Erklärung der umweltpolitischen Sprecher der AfD im Bundestag und den Landtagen, <https://afdbundestag.de/wp-content/uploads/2019/07/Dresdener-Erkla%CC%88rung-V7.pdf> [18.7.2025]

BUND, 2023, Roden im Namen des Klimas, <https://www.bund-brandenburg.de/service/meldungen/detail/news/roden-im-namen-des-klimas/> [18.7.2025]

Weisskircher, Manès / Diermeier, Matthias, 2025, Climate action versus environmental protection? How far-right and environmentalist messengers shape public attitudes towards renewable energy infrastructure in forests, Environmental Politics, online first

NABU, 2017, Der Wald - ein sensibler Ort für Windräder, <https://www.nabu.de/news/2017/02/22029.html> [18.7.2025]

Datengrundlage

Die Auswertung basiert auf der *IW-Personenbefragung* 2024. Vom 26. April 2024 bis zum 8. Mai 2024 wurden im Auftrag des Instituts der deutschen Wirtschaft über das Online-Access-Panel von Bilendi & respondi 5.437 Menschen ab 18 Jahren in Deutschland befragt. Die Befragung ist repräsentativ quotiert nach den Merkmalen Geschlecht/Alter (Kreuzquote), Wohnsitz nach Bundesländern sowie dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen. Befragte, die fehlerhafte Angaben in einer Kontrollfrage gemacht oder die Befragung zu schnell (<13 Minuten) abgeschlossen haben, werden nicht berücksichtigt. Die valide Nettostichprobe umfasst 5.350. Befragte mit einer Hochschulzugangsberechtigung sind in der validen Nettostichprobe überrepräsentiert, solche ohne Schulabschluss oder mit Hauptschulabschluss unterrepräsentiert. Die Nutzung von Anpassungsgewichten hinsichtlich Schulabschlüsse, Zeitunterschreitung sowie der Merkmalen Alter, Geschlecht, Bundesland und Einkommen führen zu qualitativ vergleichbaren Ergebnissen. Für die Berechnungen wurde das ungewichtete Grundsample verwendet.